



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

September 2023

Ein breites und lautes Bündnis der Senior*innen



Start der Demonstration mit ca. 900 Senior*innen am 2.9. vor Saturn. Neben ver.di waren mehrere weitere Gewerkschaften sowie DIE LINKE. vertreten. (Foto: Harald Singler)

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe:
Dienstag, 03.10.2023

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung zur BMV am 24. September	S. 2
Rentnerdemo	S. 3
Die Stadt gehört uns allen!	S. 4
Doppelte Staatsbürgerschaft	S. 5
Bilder vom CSD	S. 6
Keine Zwangsäumung!	S. 7
Bismarck neu denken	S. 8
Fest für Frieden und Solidarität	S. 9
Leserbrief	S. 9
BoB / Asylrecht verteidigen	S. 10
Termine / Kontakt	S. 11

Ankündigung: Bezirksmitgliederversammlung mit Wahl der Delegierten zur Bundesvertreter:innenversammlung

DIE LINKE und die EU-Wahl - Teil der Krise oder solidarischer Veränderung?

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden euch herzlich ein zur Bezirksmitgliederversammlung am 24. September 2023 von 13:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben

So schwer krisengezeichnet wie heute war das kapitalistische System noch nie in seiner Geschichte. Wir als linke Oppositionskräfte stehen damit vor der Aufgabe, gemeinsam einen erneuten „Sturz in die Barbarei“ abzuwenden und stattdessen eine progressive Dynamik kultureller Befreiung aus der Marktnormierung (alle gegen alle) zu demokratischer Verfügung und Sinnggebung (alle für alle) zu entfachen. In dieser Zeit nun stehen Wahlen zum EU-Parlament an und uns stellt sich auf neuer Stufe die Frage: Singen wir das Lied der EU als Friedensprojekt und machen lediglich kleine Verbesserungsvorschläge hier und da? Oder müssen wir uns trauen, grundsätzliche Kritik am neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen Charakter der EU zu äußern (u.a. neokolonial ließe sich ergänzen), um die erforderliche Neustrukturierung im Sinne eines tatsächlich antifaschistischen und demokratischen Projekts anzubahnen? Im Bewusstsein der Unterschiede bei den weltanschaulichen Grundauffassungen innerhalb unserer Partei: Wie können strategisch tragfähige gemeinsame Positionen und Ziele aussehen, mit denen wir gesellschaftlich wirksam werden können? (Das sei der Maßstab!)

Darüber wollen wir anhand des Programmwerfs zur EU-Wahl diskutieren. Dazu fragen wir aktuell Gösta Beutin aus dem Parteivorstand an. Im Anschluss daran wollen wir uns den anstehenden Parteitag auf Landes- und Bundesebene mit erweitertem Blick zuwenden. Zuletzt wählen wir dann auf dieser Grundlage zwei Delegierte zur Bundesvertreter:innenversammlung, die im Anschluss an den Bundesparteitag die Bundesliste zur EU-Wahl wählen wird.

Wir freuen uns auf spannende und perspektivbildende Diskussionen!

Vorschlag zur Tagesordnung:

- 13⁰⁰ - Konstituierung
- 13¹⁵ -
- 13¹⁵ - Diskussion des Europawahlprogramms
- 14³⁰ -
- 14³⁰ - Pause
- 15⁰⁰ -
- 15⁰⁰ - Fortsetzung der Diskussion / Vorbereitung der Parteitage (LPT 7./8. Oktober, BPT/BVV 17.-19. November 2023)
- 16⁰⁰ -
- 16¹⁵ - Pause
- 16³⁰ -
- 16³⁰ - Wahl der Delegierten zur Bundesvertreter:innenversammlung
- 18⁰⁰ -
- 18⁰⁰ -
- 18³⁰ - Verschiedenes

ZUR WAHLBERECHTIGUNG BEI DER BMV:

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder unseres Bezirksverbandes, unabhängig von ihrem Wohnsitz, die am Tag der BMV zum EU-Parlament wahlberechtigt sind. Das bedeutet, Bürger:in der EU zu sein und, ACHTUNG: das Wahlalter wurde auf 16 Jahre gesenkt. Wählbar für die BVV ist, wer am Tag der BVV (18.11.23) zum EU-Parlament wahlberechtigt ist, also dann die o.g. Voraussetzungen erfüllt.

Mit solidarischen Grüßen i.A. des Bezirksvorstandes,

Petra Zepter und Alexander Benthin

Wer gehört werden will, muss laut sein!

Im vergangenen Jahr gab es die seit Menschen-gedenken erste Senior*innendemo in dieser Stadt, damals für die 300 € Energiegeld auch für Rentner*innen, mit ca. 300 Teilnehmenden, viele davon zum ersten Mal auf der Straße. Die Initiative ging damals vom Senior*innenbeirat Hamburg Mitte aus, mehr oder weniger zögerlich hatte der SoVD mitgetan, sehr viel williger die ver.di und die Beamtenbund-SeniorInnen.



DGB und ver.di Transparente Foto: C. Schneider

Die soziale Schieflage zuungunsten der Senior*innen hat sich ja nicht geändert, Inflationsausgleich und Verbilligungen im ÖPNV sind dringend notwendig. Was Tschentscher und Scholz bekommen, nämlich 3.000 € steuer- und abgabenfrei als Inflationsausgleich, das muss auch für Senior*innen drin sein. Diesmal ging die



Auch die spezielle Forderung der LAG war deutlich zu sehen (Foto C. Schneider)

Initiative von der AWO aus, die im Juli zu einem Bündnistreffen einlud. SoVD, ver.di-SeniorInnen und diverse Senior*innenbeiräte folgten der Einladung und es wurde eine gemeinsame Demo für Samstag, den 2. September beschlossen. Leider konnte sich der Landesseniorenbeirat nicht zur Unterstützung entschließen, den wird man wohl zum Jagen tragen müssen ...

Aber zu meiner Freude waren es fast tausend Menschen über 60, die diesmal dabei waren. Und – ganz ohne Zoff im Vorfeld - war die LAG SeniorInnenpolitik sichtbar dabei, angeführt vom zuständigen Bürgerschaftsabeordneten Deniz Celik, der auch zu den Erstunterzeichnern des Demoaufrufs gehörte.



Abschlusskundgebung an der Petrikirche, Foto: C. Schneider

Die bezirkliche AG Senior*innenpolitik in Person Wolfgang Strauß hatte dafür gesorgt, dass der Beirat ein Banner vor sich her tragen konnte. So kann es weiter gehen, es wurde Zeit, dass auch die Senior*innen ihre Stimme erheben – und laut sein kann man am besten gemeinsam.

Leider war die Pressearbeit im Vorfeld wenig erfolgreich. Es gab keine Ankündigung in der Presse, was viele Teilnehmende mir gegenüber beklagten. Das war vor einem Jahr besser.

Bernhard Stietz-Leipnitz

*Erläuterung: Der Senior*innenbeirat ist ein Gremium nach dem Hamburgischen Seniorenmitwirkungs-gesetz, gewählt aus der Mitte der bezirklichen SeniorInnen-delegiertenversammlung. DIE LINKE ist in allen bezirklichen Delegiertenversammlungen vertreten und stellt in drei Bezirken (Eimsbüttel, Mitte, Nord) die Vorsitzenden der Delegiertenversammlungen.*

Die Stadt gehört uns allen! - Kundgebung gegen Überwachungsstaat und Verdrängung Samstag, 30.09, 15:00 Hansaplatz

In einem aktuell laufenden Testprojekt werden die Daten der Videokameras auf dem Hansaplatz von der Polizei mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI) ausgewertet. Dabei sollen „atypische Bewegungsmuster“ erkannt werden. Zu diesen zählen Fallen, Treten, Schlagen, Schubsen oder auch Liegen. Begründet wird dies mit mehr Sicherheit und einer effizienteren Polizeiarbeit.

Die aktuelle Umsetzung der KI soll zwar keine Identifizierung durch Gesichtserkennung beinhalten (andere Identifizierungsmöglichkeiten wurden bisher nicht genannt, sind aber vermutlich auch noch nicht in der Umsetzung), dennoch sind Bewegungsabläufe und Körperhaltung von Personen oft ausreichend für eine Identifizierung. Das ist ein Angriff auf die Grundrechte und erschwert eine anonyme Bewegung an öffentlichen Orten oder Teilnahme an Demos! Jede Ausweitung von Überwachung bewirkt außerdem eine Normalisierung solcher Maßnahmen und führt dazu, dass diese immer drastischer werden.

Senat und Polizei sind schon in der Vergangenheit hart gegen obdach- und wohnungslose Menschen vorgegangen. Hinzu kommt der Sparkurs der Ampel-Regierung, welcher drastische Kürzungen im sozialen Bereich vorsieht und so bereits bestehende Probleme verstärkt. In genau dieser Zeit wird die KI-basierte Videoüberwachung am Hansaplatz als einfache Lösung für städtische Probleme präsentiert und fügt sich als

zusätzliches Puzzleteil in eine von Investor*innen und Immobilienkonzernen maßgeblich beeinflusste Politik ein, die sich gegen die Menschen richtet, die nicht in das Idealbild einer tourismusfreundlichen Stadt passen. Die KI-Überwachung ist ein Instrument zur weiteren Verdrängung von obdach- und wohnungslosen sowie auch von drogenkonsumierenden Menschen, Sexarbeiter*innen und weiteren Personengruppen.

Wissenschaftliche Studien belegen, dass Videoüberwachung Straftaten nicht verhindert. Bestehende Probleme werden nicht gelöst, sondern auf Nebenstraßen und Hinterhäuser verlagert. Dort werden die Risiken für beteiligte Personen deutlich größer, statt kleiner. So fragen wir uns, wer Sicherheit eigentlich definiert und für wessen Sicherheit gesorgt werden soll: Für Passant*innen, obdach- und wohnungslose oder auch drogenkonsumierende Menschen, Sexarbeiter*innen oder andere, denen der Hansaplatz ein Zufluchtsort ist? Oder geht es doch eher um die Sicherheit von Wirtschaftsinteressen von Investor*innen, Politiker*innen und Immobilienkonzernen?

Statt einer Verlagerung der Probleme durch einen Kampf gegen Menschen durch Überwachung und Verdrängung, fordern wir eine Verbesserung der Umstände, die diese realen Probleme verursachen.

Lasst uns dafür gemeinsam ein Zeichen setzen!



Hier das Logo der früheren Initiative „_stattkamas“ aus dem Netz: Das Anliegen bleibt aktuell.

Doppelte Staatsbürgerschaft – doppelte Ausbeutung – Angriff auf die Würde

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, mit so genannten niedrigeren Hürden für die Einbürgerung, von der Ampel-Koalition im endgültigen Entwurf vorgestellt, bedeutet hauptsächlich eine Erleichterung für gut ausgebildete, ohnehin privilegierte Menschen aus anderen Ländern. Menschen, die hier seit Jahren und zum Teil Jahrzehnten leben und/oder arbeiten, werden weiterhin nicht eingebürgert, wenn sie nicht bestimmten Kriterien der kapitalistischen Verwertbarkeit entsprechen.

Dem Entwurf zufolge sollen eingewanderte Menschen nun nach fünf Jahren eingebürgert werden können, anstatt wie bisher nach acht Jahren. Besonders gut integrierte Menschen sollen schon nach drei Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sagt dazu, dass das für Menschen gelte, „die sehr gut deutsch sprechen, im Job herausragende Leistungen erzielen oder sich ehrenamtlich engagieren“. Eine grundlegende Voraussetzung sei, dass die Antragsteller selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können und keine Transferleistungen beziehen. Auch die „doppelte Staatsangehörigkeit“ soll mit dem Gesetz ermöglicht werden.

Auf diese Weise sollen „hochqualifizierte Fachkräfte“ aus anderen Ländern angelockt werden. Jahrhundertlang hat Deutschland Rohstoffe aus dem globalen Süden und dem Mittleren Osten ausgebeutet, jetzt sollen die Fachkräfte folgen, mit erneut verheerenden Folgen für die dortigen Gesellschaften.

Die gesamte Logik hinter dem Entwurf ist arrogant und menschenverachtend. Besonders unmenschlich ist, dass diejenigen Menschen, die hier im Moment illegalisiert leben, weil sie kein Aufenthaltsrecht, kein Asyl oder keine Arbeitserlaubnis bekommen, zynischer Weise nach wie vor entweder in Unterkünten ohne Perspektive vor sich hin vegetieren oder schwarz auf dem Bau oder in der Gastronomie arbeiten können sollen,

ohne dass sie eine Perspektive auf ein gesichertes Leben erhalten. Auf diese Weise können die Löhne in diesen Branchen niedrig gehalten oder weiter gedrückt werden.

Auch Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende und ältere Menschen können die Anforderungen an einen gesicherten Lebensunterhalt oder andere von Faeser aufgestellte Kriterien meist nicht erfüllen. Wer zum Beispiel so viel arbeitet, dass er kaum Chancen hat gut Deutsch zu lernen, bleibt auch ausgeschlossen. Zusätzlich war der Bezug von Transferleistungen bei Krankheit oder in der Ausbildung bisher kein Hindernis für eine Einbürgerung, soll es nun aber werden.

Zur schnelleren Umsetzung der Verwaltung der gewollten Einwanderung von „Hochqualifizierten“ wurden und werden jetzt von der Bundesregierung gefördert Start-ups gegründet, die verwertbare Migrant_innen im Ausland aussuchen und ihnen gegen eine Gebühr von bis zu 10.000 Euro bei Sprachkursen, Anträgen, Behördenformalien bis hin zum Visum und Arbeitsvertrag in der Bundesrepublik helfen – und gleichzeitig für die Unternehmen in Deutschland die Arbeitskräftevermittlung anbieten.

Notwendig wäre eine ganz andere Reform: Jeder Mensch der hier lebt, sollte ein Recht auf Aufenthalt, Ausbildung, doppelte Staatsbürgerschaft und Arbeit bekommen und die Möglichkeit in Würde zu leben. Auf diese Weise könnte der Arbeitskräftemangel und Fachkräftemangel behoben werden, ohne anderen Staaten zu schaden und ohne die Migrant_innen in direkt verwertbare und weitgehend rechtlose zu spalten.

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von Nancy Faeser trägt die Züge kapitalistischer Ausbeutung und der Entwürdigung von Menschen auf der Flucht und in Migration. Wer Gesetze mit einem solchen Regelungsinhalt macht, muss sich nicht wundern, dass zunehmend eine Stimmung herrscht, in der es auch kein Tabu ist die rechten Parteien zu wählen.

Zum Thema dieser Gesetzreform und Doppelter Staatsbürgerschaft findet am

Dienstag, den 12.09. ab 17:30 Uhr eine Informationsveranstaltung im Büro von Mehmet Yildiz in der Billstedter Hauptstrasse 78 statt.

Referent_innen: Sigrid Töpfer und Mehmet Yildiz (MdHB)

Impressionen vom CSD 2023

"Selbstbestimmung jetzt! Verbündet gegen Trans*feindlichkeit"

Wir fordern ein Selbstbestimmungsgesetz, das seinen Namen auch verdient hat- war das Motto des diesjährigen CSD.

Neben über 60 Veranstaltungen in den beiden Wochen davor, beteiligte sich **DIE.LINKE** u.a. wieder mit einem eigenen Truck an der traditionellen Parade.

Ich möchte die vorher notwendige Organisation durch die Bürgerschaftsfraktion und Teile der Partei hoch anerkennen - trotz der Hitze hat es allen viel Spaß gemacht!



Am Vorabend des CSD fand der 8. Dyke* March unter dem Motto "Für lesbische und transincludierende Sichtbarkeit - gegen Spaltung" statt.

Der Dyke* March Hamburg ist eine Plattform, um die unterschiedlichen Interessen und politischen Forderungen von Lesben* zu präsentieren.

Im Aufruf des Lesbennetzwerk Hamburg heißt es dazu u.a.: „Der Protestmarsch bietet Lesben*, Freund*innen und Allies* aller Orientierungen, Altersgruppen, Nationalitäten eine Plattform sich und ihre Interessen sowie politischen Forderungen zu präsentieren. ...

Lesben* werden mit ihren Potentialen, ihrer Kultur und mit ihren spezifischen Ausgrenzungserfahrungen ignoriert, unzureichend wahrgenommen und unzureichend ernst genommen.

Lesbophobie ist intersektionale (*Mehrfach-, d. Autorin*) Diskriminierung, die als Frau und als Lesbe* stattfindet. In ihr mischen und verstärken sich Sexismus und Homophobie und bilden so eine Form von Benachteiligung die spezifisch für Lesben* ist und sich in aller derer Lebensbereiche widerspiegelt. ...

Texte + Fotos: -ena



Oben: Unser Truck, kein 38 t Sattelzug

Unten: Am Info-Zelt der Linkspartei - CSD 2023

(Diesmal ein doppelter Pavillon ausgestattet mit einer Fotobox für Instant-Erinnerungsfotos, die sehr gern genommen wurden. Rekord: 10 Menschen auf einem Foto. Am Stand der GRÜNEN nebenan während der Parade kein Mensch. Wir waren gut diesmal ... (besel))



Keine Zwangsräumung! SAGA-Mietvertrag für Zingovala!

„Wir sind vor Ort für Sie da und helfen gerne weiter“, bewirbt die SAGA auf ihrer Internetseite ihre Geschäftsstellen vor Ort. Für Zingovala allerdings, die vor Jahren den Verein Romani Kafava Wilhelmsburg mitgegründet hat und sich dort engagiert, gilt das nicht. Zingovala ist Romni und lebt mit ihren beiden minderjährigen Kindern in einer SAGA-Wohnung in Hamm. Hier fand sie nach vielen Jahren in öffentlicher Unterbringung im Rahmen des „Housing-First“-Programms durch den Träger WasserHafen eine Wohnung, in der die Familie für zunächst zwölf Monate wohnen konnte; nach diesen zwölf Monaten sollte die SAGA den Mietvertrag für die Wohnung übernehmen. Doch die weigert sich. Seit dem 1.9. kann deshalb eine Räumungsklage erhoben werden. Die Zwangsräumung und Rückkehr in öffentliche Unterbringung sind eine reale Gefahr; das jüngere Kind würde zudem aus der Schule gerissen.



Transparent vor der SAGA Zentrale Foto: CS

Tatsache ist, dass es Beschwerden gab. Das in den 1950er Jahren erbaute Haus ist sehr hellhörig, Kinder sind laut und Nachbarn beschwerten sich über Lärm. Aber dieser Konflikt innerhalb der Hausgemeinschaft scheint nur vorgeschoben. Unterstützer:innen aus der Gruppe „Wilhelmsburg solidarisch“ haben mit den Nachbar:innen gesprochen, und die meisten waren gesprächsbereit und grundsätzlich offen für die Klärung. Aber es gab auch einige andere mit eindeutig rassistischen Ressentiments: „die sind so“, „die können sich nicht ändern“ ... Jemand äußerte gar die absurde und jede Grundlage entbehrende „Befürchtung“, man fühle sich durch die Familie be-

droht, da könne mal jemand mit dem Messer im Flur stehen ... Allenfalls Zingovala hätte jedoch Grund, sich bedroht zu fühlen, denn ihr Auto wurde mehrfach beschädigt, Reifen zerstoßen, eine Scheibe eingeschlagen, Lack zerkratzt.

Kurzum, die SAGA hätte also jeden Grund gehabt, da zu sein und zu helfen, ein Gespräch mit der Hausgemeinschaft zu führen, die Konflikte gemeinschaftlich zu bearbeiten, gegebenenfalls unter Hinzuziehung einer Mediation. Diesen Vorschlag hat Zingovala der SAGA in zwei Briefen im Mai und Juli unterbreitet. Die SAGA hielt es nicht einmal für nötig, zu antworten. Mit ihrer Weigerung, wenigstens zu versuchen, die Konflikte zu lösen, muss sie sich vorwerfen lassen, sich die antiziganistischen Ressentiments zu eigen zu machen und sich von ihnen leiten zu lassen.

Am 24. August protestierten 42 Menschen vor der zuständigen SAGA-Geschäftsstelle in Hamm. Die hatte jedoch kurzerhand geschlossen und die Jalousien heruntergelassen, durch die man allerdings Mitarbeiter:innen bei der Arbeit sehen konnte. Ein Brief von Zingovala konnte nicht persönlich, sondern nur dem Briefkasten übergeben werden. Dasselbe Bild zeigte sich am 31. August bei der zweiten Protestaktion vor der Zentrale der SAGA in Barmbek: heruntergelassene Jalousien und eine verschlossene Tür. Einer dreiköpfigen Delegation wurde telefonisch lediglich „gestattet“, den Brief in den Briefkasten zu werfen, danach habe sie sofort das Gelände zu verlassen.

Wie weiter? Die Unterstützer:innen von Zingovala bleiben am Ball und werden bei drohender Zwangsräumung Alarm schlagen. Doch auch die weitere Auseinandersetzung mit der SAGA ist notwendig. Wohnen ist ein Menschenrecht und Wohnraum als Existenzgut „für alle“ fällt in den staatlichen Aufgabenbereich der Daseinsvorsorge. Dazu ist die SAGA da, und wenn sie nach rassistischen, nach antiziganistischen Kriterien Mieter:innen aussortiert, dann hat sie ihre Aufgabe verfehlt. Nicht zuletzt ist die Sozialbehörde aufgefordert, eine Lösung zu finden und die SAGA zum Handeln zu verpflichten. Entweder bleibt Zingovala mit den beiden Kindern in der Wohnung, oder sie erhält eine andere SAGA-Wohnung im Viertel!

Christiane Schneider

Bismarck neu denken - Hamburgs Kolonialgeschichte neu denken!

Auf Einladung der LAG Kultur unserer Partei fanden sich am 10.8. rund 35 Personen im Museum für Hamburgische Geschichte am Holstenwall zur Besichtigung der 78 eingereichten Ideenentwürfe zum Thema "Bismarck neu denken" ein. Nach einem Rundgang an allen Entwürfen entlang, diskutierte die Gruppe angeregt mit einem der Bewerber, einem Vertreter der Auswahlkommission und einer Person aus der antikolonialen Bewegung in Hamburg über die unterschiedlichen Phasen des Wettbewerbes.

Das 1960 unter Denkmalschutz gesetzte "Bismarck-Denkmal" misst eine Höhe von 34 Metern, hat 600 Tonnen Gewicht (Granitgestein) und steht auf einer Anhöhe im Alten Elbpark.

Finanziert wurde dieses vor 117 Jahren von Hamburger Kolonialherren und -profiteuren. Lediglich die Gewerkschaften und die damalige Sozialdemokratische Partei waren dagegen. Die Hamburger Politik hat es bislang versäumt, sich von der "Bismarck-Verehrung" zu lösen. 1945 - nach Kriegsende - wollte die britische Militärverwaltung den Klotz sprengen. Doch wurden zu viele Einsprüche eingelegt. Lediglich 1963 kamen - mit Gestaltung der internationalen Gartenausstellung (jetzt Planten und Blumen - Park) - Überlegungen auf, das Denkmal zu beseitigen.

Im Jahre 2015 gab es dann auf politischer Ebene einen Richtungswechsel im Umgang mit dem Denkmal. Der damalige Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Andy Grote, warb förmlich für eine historisch korrekte Auseinandersetzung mit dem Denkmal, dem darin befindlichen Luftschutzzraum und den nationalsozialistischen Wandmalereien im Inneren des Luftschutzzraums. Diese und natürlich auch die eher nicht demokratische Grundeinstellung Bismarcks ließen die Verantwortlichen der Stadt Hamburg jahrzehntelang den Denkmantel des Schweigens über das Denkmal und sein politisch brisantes Innenleben (Katakomben) ausbreiten (aus: "Unter Hamburg"). Dem damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs gelang ein großer "finanzieller Wurf". Für die geplante Sanierung wurden 10 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt. Die restlichen Kosten sollte die Stadt Hamburg übernehmen (jetzt rund 6,5 Mill. Euro). Im Jahre 2020 begannen die ersten Sanierungsarbeiten.

Dieses war auch das Jahr mit dem Beginn der "Black-lives-matter"-Bewegungen, als sich auch in Hamburg Initiativen und Gruppen bildeten, die

forderten, die Sanierungsarbeiten zu stoppen und für alle sogenannten "Denkmäler" ihre kolonialistische und rassistische Geschichte zu erforschen.

Carsten Brosda (Kultursenator)

kündigte an, einen "künstlerischen Prozess" - parallel zu den Sanierungsarbeiten - zu initiieren. Viele Veranstaltungen und Vorträge wurden bemüht.

Nach zwei Jahren wurde unter dem Motto "Bismarck neu denken" von der Kulturbehörde zusammen mit der Stiftung Historische Museen Hamburg (SHMH) ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben, um die "komplexen Bezüge des Denkmals zu Kolonialismus, Nationalismus, Diskriminierung und Fragen der sozialen Gerechtigkeit sichtbar zu machen" (so die Ausschreibung). Am Ende sollte eine künstlerische Idee für eine kritische und aktuelle Betrachtung des Monuments realisiert werden. Die bestehenden Basis-Initiativen wurden bei der Formulierung des Ausschreibungstextes nicht beteiligt.

76 Entwürfe wurden eingereicht, 8 wurden gegeben, ihre Entwürfe noch einmal zu überarbeiten. Doch auch nach zweiter "Begutachtungsrunde" konnte keiner ausgewählt werden. Entwürfe mit z.B. einem "geköpften" oder total verhüllten Bismarck wurden abgelehnt. Nur wenige bezogen sich auf die kolonialistische und rassistische Zuschreibung des Bismarckschen Kaiserreiches. Laut Carsten Broda vermittelte kein Entwurf das gewünschte "Störgefühl" bei den Betrachtern. Nachdem er noch im Juli auf weitere "behördenmässige" Bearbeitung über "Information anstatt auf Verfremdung" verwies, scheint er jetzt zu der Einsicht gekommen zu sein, den 2019 einberufenen Beirat zur Dekolonialisierung Hamburgs wieder beteiligen zu wollen. Dieser ist mit Experten besetzt, „die mehrheitlich einen migrantisch-diasporischen BIPoC-Hintergrund haben“ (BIPoC ist die englische Abkürzung für Schwarze, Indigene und People of Color.) Die Beiratsmitglieder sollen ihre eigene Perspektive aus den ehemals kolonisierten Ländern einbringen. Senat und Bürgerschaft behalten sich jedoch vor, über die Gestaltung des Denkmals zu entscheiden. -ena



Fest für Frieden und Solidarität



Am Samstag, den 16. September machen wir im Öjendorfer Park eine Kundgebung für Frieden und Solidarität. In den Kriegen im Jemen, in der Ukraine und in Syrien sterben täglich tausende Menschen. Am Krieg verdienen die Reichen, die Armen stellen die Leichen.

Der Öjendorfer Park wurde größtenteils auf dem Schutt aus dem 2. Weltkrieg gebaut. Diese Um-

Leserbrief.

Ist die LINKE (Billstedt) lernfähig?

Die Frage, die ich oben gestellt habe, beschäftigt mich, denn ich kenne die Entwicklung(?) der Partei DIE LINKE in Billstedt seit ihrer Gründung. Anfangs als Mitglied, dann als aktiver Mensch im Stadtteil und kurz vor der letzten Bundestagswahl bin ich noch einmal in den Schoß der Partei zurückgekehrt.

Ich habe viele Entwicklungen der Partei hier im Stadtteil mitbekommen, wobei ich mich eigentlich weigere von Entwicklung zu sprechen. Ich habe so viel politischen Unsinn miterleben dürfen, so viel Unkenntnis der Verhältnisse im Stadtteil Billstedt, so dass ich ein Buch schreiben könnte. Aber eine Sache durchzieht mit wechselnden AkteurInnen diesen Stadtteil, wenn ich die Partei DIE LINKE betrachte. Eine Zusammenarbeit der Mitglieder der Partei DIE LINKE gibt es nicht. So hatten wir eine Phase, in der unser Bürgerschaftsabgeordneter permanent, sein eigenes Süppchen gekocht hat und es hier dann Veranstaltungen oder Kundgebungen gegeben hat, von denen wir dann erfahren haben, als sie bereits gegessen waren und die oft nicht in die aktuelle Situation hier gepasst haben, geschweige denn eine Vorarbeit zur Grundlage hatten. Sie sind verpufft ohne irgendwelche Nachwirkungen oder Arbeitsansätze, die sich daraus hätten ergeben sollen. Manche Aktionen haben sogar Arbeitsansätze von uns kaputt gemacht. Übel bleibt mir da Karstadt in Erinnerung.

gestaltung ist ein gutes Beispiel für die Gestaltung einer friedlichen Zukunft.

Wir fordern Verhandlungen statt Waffenlieferungen und den Stopp der Rüstungsproduktion. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder als Kanonenfutter sterben.

Im Öjendorfer Park, am Sonnabend, den 16. September, 14:00-20:00 Uhr

Kleiner Parkplatz am Barsbütteler Weg

Redner_innen:

Friedensbewegung
Migrantische Organisationen
Flüchtlingssolidarität
Abgeordnete aus Bundestag und Landtag
Stadtteilinitiativen

Musikalische Umrahmung

Linda Kraenkova
Murat Inci
Rene Tenenjou
Afghanische Musik

Nun scheint unsere Bezirksversammlungsabgeordnete diese Tradition fortzusetzen. Im letzten Mittelnamng beschreibt sie einen Rundgang über den Billstedter Marktplatz mit diversen Lokal PolitikerInnen. Auch im Wochenblatt wurde das Thema entsprechend aufbereitet. Wir wussten von diesem Termin nichts. Nun wäre es sicherlich sinnvoll, dass wir dazu als LINKE eine gemeinsame Haltung und Ideen entwickeln, weil das Thema viele BillstedterInnen interessiert. Aber die Worte Gemeinsamkeit, Ideen zu vermitteln und Arbeit vor Ort z. B. zu diesem Thema kommen wohl im Denkkapparat einiger Leute nicht vor. Nun gibt es wohl Menschen, die glauben, dass der Besuch von diversen Ausschüssen mit einer gewissen Stellvertreterlogik versehen, politische Arbeit im Sinne der LINKEN sei. Nein es ist ohne Rückkopplung und politisches Einwirken in den Stadtteil das Hofieren einer Parallelwelt und somit oft überflüssig.

Ich habe damals, als ich selber in Ausschüssen gesessen habe, drei Aspekte formuliert, warum ich da mitmache. 1) Ich bekomme Informationen, die ich z. B. breit in den Stadtteil trage, um die Menschen zu informieren und wenn es nötig ist, um daraus Widerstand zu entwickeln. 2) Ich kann versuchen, Öffentlichkeit herzustellen. So ist es uns gelungen, durchzusetzen, dass im RA Billstedt über die Frage halbe Stunde hinaus, die Besucher, die Möglichkeit haben, sich zu relevanten Themen während der Sitzung zu äußern. Das

hat hier in Billstedt damals einiges in Bewegung gebracht (Mattkamp). 3) Sehr selten wirklich sehr selten, kann es über Anträge gelingen, Verbesserungen für die BewohnerInnen des Stadtteils zu erreichen. Was dann auch entsprechend kommuniziert werden sollte.

Bildung ohne Bundeswehr - BoB

Am 11. September 1973 stürzte ein internationales Bündnis der herrschenden Klassen Chiles, anderer südamerikanischer Staaten und der USA die gewählte Regierung Salvador Allendes. Die reaktionäre Koalition aus konservativen Politikern, autoritären Militärs, Geheimdiensten, faschistischen Gruppierungen sowie chilenischen und US-Unternehmen verfolgte das Ziel, ein »zweites Kuba« im Hinterhof der USA zu verhindern. In der politischen Ökonomie Chiles wurde eine Kehrtwende um 180 Grad vollzogen. Statt Nationalisierung der Wirtschaft und Volksdemokratie machte die zivil-militärische Diktatur unter Augusto Pinochet mit Waffengewalt, Mord und Terror gegen die Opposition den Weg frei für die kapitalistische Entwicklung nach Vorgaben der neoliberalen »Chicago Boys«. International läutete der Umsturz den politisch-militärischen Abwehrkampf Washingtons gegen den eigenen Niedergang an der Spitze der Weltwirtschaft ein. In diesem bildete das chilenische Modell die Blaupause.

Der Liedermacher, Dichter und Gitarrist Nicolás Rodríguez Miquea erinnert mit Musik und politi-

Asylrecht verteidigen, Seenotrettung ermöglichen

Diskussionsveranstaltung am Donnerstag, 14. September, 18 Uhr, „PAULA“ der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg, Greifswalder Straße 40

In der EU ist – von der Bundesregierung mitgetragen – die Demontage des Asylrechts in Planung. Wer die EU betritt, wird faktisch inhaftiert. Es ist absehbar, dass dadurch weitere Elendslager wie in Moria entstehen werden. Selbst wer aus Staaten mit schwersten Menschenrechtsverletzungen flieht und über einen solchen Staat einreist, soll von der EU mit einem Schnellverfahren mit kaum wirklichen Rechtsschutzmöglichkeiten abgekanzelt werden. Dies gilt auch für Familien mit Kindern. Das EU-Asylpaket enthält fast ausschließlich drastische Verschlimmerungen, von einem fairen Verteilmechanismus ist nichts zu erkennen. Stattdessen sollen Verträge mit Staaten vor den EU-Außengrenzen die Auslagerung des Asylrechts weiter vorantreiben und EU-Staaten die Möglichkeit eingeräumt werden, sich von der Aufnahme Geflüchteter freizukaufen. Gleichzeitig ist die Grenzschutzagentur Frontex in die Praxis der Pushbacks involviert. Während die

Ist DIE LINKE nun lernfähig? Schauen wir mal.
L. G. Uwe Everding-Böhm

PS: Ich habe immer versucht, über Aktivitäten von uns alle zu informieren, auch wenn darunter Personen waren, deren Ansichten im linken Spektrum mir gar nicht gefallen haben.



50 Jahre Militärputsch in Chile
11. September 2023

Konzert und politische Einlassungen mit Nicolás Rodríguez Miquea

Montag, 11.09.23, 19.00 Uhr
Kaffeewelt, Böckmannstraße 4,
20099 Hamburg



schen Einlassungen an den Putsch und seine Opfer Außerdem zeichnen wir die politischen und ökonomischen Linien nach, die von damals bis heute reichen.

Flucht über das Mittelmeer für viele Menschen tödlich endet, überlegen sich die Grenzstaaten immer weitere Schikanen, um die zivile Seenotrettung zu behindern.

Welche Änderungen am EU-Asylrecht sind genau geplant? Wie lässt sich das EU-Asylpaket noch verhindern und Seenotrettung ermöglichen? Was heißt das für die Flüchtenden und für die künftige fluchtpolitische Arbeit?

Darüber diskutieren

Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Nassim Madjidian, Juristin und Doktorandin an
der Universität Hamburg

Ahmad Grewati, Seebrücke Hamburg

Carola Ensslen, flüchtlingspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 05.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Montag, 11.09., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Freitag, 15.09., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo und BO Billstedt**
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 20.09., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 21.09., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Samstag, 23.09. – Beginn 10:30 Uhr

Workshop/Klausur der **Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel** **Einladung folgt**

Sonntag, 24.09., 13:00 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung mit Wahlen
(Siehe S. 2)

Samstag, 30.09., 15 Uhr

Stadtteilgruppe **St. Georg**; Bündnis Hansaplatz:
**Kundgebung gegen Überwachung und Ver-
treibung** (siehe Seite 4)

Oktober 2023

Dienstag, 03.10.(?), 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Samstag, den 7.10. und Sonntag, den 8.10. jeweils 9 – 16 Uhr

Dritte Tagung des 8. Landesparteitags
u.a. Leitantrag Europa und Generaldebatte zur
Kommunalpolitik
DGB-Haus, Besenbinderhof 57 a, Musiksaal

Freitag, 13.10., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo und BO Billstedt**
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 18.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 19.10., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Sozialberatung von Quentin Villwock:
- fällt erst mal weiter aus -

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX